NEUES FORUM
BULLETIN
Nr.1 26.07.1990

Inhalt:

Jetzt geht's los

Das NEUE FORUM schafft sich mit diesem Bulletin ein eigenes Medium. Es soll der "innerbetrieblichen" Selbstverständigung dienen, aber auch nach außen dringen, in die Redaktionsstuben und Ämter. Denn das NEUE FORUM braucht mehr Öffentlichkeit. Alles, was den Bürger bewegt und alles, was die Basis- und Fachgruppen treiben, sollte hier seinen Platz finden. Das Bulletin versteht sich in diesem Sinne auch als ein Mittel zur landesweiten Vernetzung. Es wird immer dann erscheinen, wenn Bürger und Mitglieder genügend Material, Termine, Tips, Kritiken und Vorschläge im Berliner Büro des NEUEN FORUM anlanden.

Diese erste Ausgabe des Bulletins ist kostenlos. Ab der nächsten Ausgabe bitten wir dann etwas zur Kasse. Wir warten auf Ihre Bestellungen.

Also, los geht's !

Presseerklärung

Das NEUE FORUM bewahrt seine IDENTITÄT

Vom 6. bis 8. Juli fand in Strausberg bei Berlin das fünfte DDR- weite Delegiertentreffen des NEUEN FORUM statt. In den Gesprächen und Arbeitsgruppen ging es vor allem um das Selbstverständnis als Bürgerbewegung, um die Weiterführung inhaltlicher Fragen sowie um Entscheidungen für die gesamtdeutsche Wahl.

Das NEUE FORUM beschloß, als Bürgerbewegung weiterzuarbeiten. Es begrüßt Neugründungen von Basisgruppen des NEUEN FORUM in der Bundesrepublik und strebt eine enge Zusammenarbeit mit ihnen an. Übereinstimmung wurde in folgenden inhaltlichen Schwerpunkten des Delegiertentreffens erzielt:

— weitere Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche durch Formen direkter Demokratie,
— Entmilitarisierung der Gesellschaft, sprich Abschaffung von Armee und Geheimdiensten.

In einem Beschluß haben die Delegierten die Entscheidung, ob und unter welchen Bedingungen das NEUE FORUM zu den gesamtdeutschen Wahlen antreten wird, den jeweiligen Landesverbänden freigestellt. Vor dem Hintergrund des undemokratischen Wahlmodus im Dezember hat das Delegiertentreffen des NEUEN FORUM das Angebot der GRÜNEN begrüßt, alternative Gruppen der DDR auf Landeslisten ihrer Partei antreten zu lassen. Die Selbständigkeit des NEUEN FORUM bleibt in jeder Hinsicht gewahrt.

Während des Treffens setzten die Delegierten mit einer Mahnwache vor dem Ministerium für Abrüstung und Nationale Verteidigung ein deutliches Zeichen für Entmilitarisierung und Abschaffung der Wehrpflicht.

NEUES FORUM Pressedienst
Strausberg, am 8.7.1990

Presseerklärung

SPD verrät den Herbst 89

Mit der 5% Klausel hat die SPD ihre Unmündigkeitserklärung als demokratische Kraft unterschrieben. Die SPD-Führung will ihre politische Schwäche in der Koalition und beim Staatsvertrag mit erpreßten Wählerstimmen aus der Bürgerbewegung bemänteln.

Wer die Basisdemokraten ausgrenzt, wird weder Demokratie noch soziale Sicherheit verteidigen können. Bürgerbewegungen sind jetzt notwendiger denn je. Das NEUE FORUM bleibt die Alternative zu den herrschenden Parteien. Keine Sperrklausel kann verhindern, daß wir uns an den Landtagswahlen beteiligen.

Arbeitsausschuß des NEUEN FORUM
Berlin, 24.07.1990

Herausgeber: NEUES FORUM, Büro Berlin, 1080 Berlin, Friedrichstraße 165 **Redaktion:** Pressedienst, Mathias Heinrich, Telefon 2 20 20 91 App. 22

Liebe MitgliederInnen des NEUEN FORUM Friedrichshain !

Vom 06.07. bis 08.07.90 fand in Strausberg das Republikdelegiertentreffen des NEUEN FORUM statt. Wesentlichstes Ergebnis dieses Treffens war die Verabschiedung einer Beschlußvorlage mit folgendem Inhalt:

Beschluß des Delegiertentreffens des NEUEN FORUM in Strausberg vom 08.07.90

Das Angebot der Grünen, alternative Gruppen der DDR auf Landeslisten ihrer Partei antreten zu lassen, in Wahrung der Selbständigkeit dieser Gruppen, wird vom NEUEN FORUM als konstruktive Lösung für den undemokratischsten Wahlmodus im Dezember begrüßt. Dabei sprechen wir uns gegen die Festlegung von Programmen und Kandidaten durch eine zentrale Koordinierungsgruppe aus.

Es wird vielmehr der Entscheidung der Landesverbände freigestellt, wie sie nach Absprache mit den übrigen alternativen Gruppen des Landes diese Listen besetzen, oder ob sie darauf verzichten wollen.

Der Republiksprecherrat stellt auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Konferenz und in Abstimmung mit den Landesverbänden ein Konsensprogramm auf, auf das alle Kandidaten des NEUEN FORUM zu verpflichten sind und das mit den Grünen abgestimmt werden muß.

In den Verhandlungen zwischen den Landesverbänden des NEUEN FORUM und den anderen Bürgerbewegungen der DDR sowie den Bundes-Grünen sollte nicht nur allein über Wahlen und Listenplätze gesprochen werden, sondern auch über einen gemeinsamen Handlungs- und Aktionsrahmen in einem vereinigten Deutschland.

Dieser Beschluß erhielt die Mehrheit von 150 der Delegierten; es gab 40 Gegenstimmen; 8 Delegierte enthielten sich der Stimme.

Teilnehmer mit Stimmrecht des Kreises Friedrichshain waren Petra Otten und Gerald Karpa. Wir haben dieser Vorlage zugestimmt. Sie ging zurück auf einen Kompromißantrag, eingebracht von Prof. Jens Reich und einer Reihe weiterer Delegierter. Der zweite inhaltliche Teil geht zurück auf eine Initiative von Annette Leo.

Ein Kompromiß war notwendig, nachdem zwei Anträge favorisiert worden waren, jedoch nicht die lt. Geschäftsordnung des Treffens erforderliche Mehrheit von 2/3 der Stimmberechtigten gefunden hatte.

Es handelte sich um die folgenden beiden Anträge:

1. Beschlußempfehlung

Der Arbeitskreis Bündnis/Wahlen empfiehlt der Delegiertenkonferenz des NEUEN FORUM folgenden Beschluß:

Auf Grund des zu artikulierenden Willens der Delegierten, sich als Bürgerbewegung an den Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament zu beteiligen, wird eine von der Vollversammlung zu wählende Verhandlungsdelegation beauftragt, Verhandlungen zu einem möglichen Wahlbündnis aufzunehmen und der Einladung der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne für den 21.07.90 zu folgen.

Zu dieser Delegation müssen Vertreter der Landesverbände gehören.

Die Verhandlungsdelegation hat den Auftrag, die Idee eines breiten Bündnisses von Ökologie-, Bürger- und Menschenrechtsbewegungen in der DDR zu fördern. Grundlage der Verhandlung ist ein von der Vollversammlung nach Zuarbeit aus den Arbeitsgruppen verabschiedeter Katalog von inhaltlichen Bedingungen.

Dabei sollte der Name "NEUES FORUM" als Vorschlag für die Bezeichnung dieses Bündnisses unterbreitet werden.

Das NEUE FORUM kann aus realpolitischen Gründen den Vorschlag der Grünen akzeptieren, als wählbare Vereinigung auf deren DDR-Länderlisten anzutreten, besteht aber auf der Mitbenennung der DDR-Bezeichnug. Zur Wahl ist auf Grundlage des Selbstverständnisses der beteiligten Gruppen ein gemeinsames Wahlprogramm zu erarbeiten.

Ja-Stimmen: 114 ; Ablehnungen: 81 ; Enthaltungen: 14

2. (Man muß auch mal Nein sagen können.)
Die Delegiertenkonferenz möge beschließen:

Das NEUE FORUM beteiligt sich nicht an gesamtdeutschen Wahlen. Es stellt seinen Mitgliedern frei, auf Listenplätzen von Parteien zu kandidieren.

Begründung:

Das NEUE FORUM wird in Kommunal- und Länderparlamenten vertreten sein. Ein vierter Wahlkampf in diesen Jahr würde den Charakter des NEUEN FORUM verändern. Von einer Bügerbewegung würde es zu einer Wahlpartei degenerieren.

Erst eine gesamtdeutsche Bürgerbewegung, wie sie sich in den nächsten Jahren entwickeln wird, sollte bei gesamtdeutschen Wahlen kandidieren.

Die sofortige Wahlbeteiligung würde das NEUE FORUM der Parteitaktik angleichen und eine gesamtdeutsche Entwicklung der Bürgerbewegung im Ansatz lähmen.

Jastimmen: 85 ; Ablehnungen: 121 ; Enthaltungen: 9

Der erste dieser Anträge hatte unsere Zustimmung gefunden, bevor der letztendlich angenommene Antrag eingebracht wurde.

Wir haben diesen Beschluß mitgetragen, weil er unseres Erachtens eine Position für das NEUE FORUM schafft, aus der heraus es den Landesverbänden möglich ist, eine Bündnispolitik zu praktizieren, die die Identität des NEUEN FORUM weitestgehend erhält, die Möglichkeit offenhält, die Basisarbeit der MitgliederInnen fortzusetzen und - wenn möglich - zu erweitern, die den guten Nahmen des NEUEN FORUM nicht auf's Spiel setzt und gegebenenfalls bei Teilnahme an Wahlen die Aussicht auf realistische Ergebnisse zuläßt. Dem weiterhin eingebrachten Antrag, als NEUES FORUM separat zu Wahlen anzutreten, konnten wir nicht zustimmen, da er unserer Meinung nach im Republikmaßstab einer Selbstüberschätzung gleichkommt. Den Verbänden, die diesen Weg auf Landesebene anstreben (u.a. Mecklenburg-Vorpommern) steht dieser Weg offen.

Sie haben unsere Sympathie und unsere besten Wünsche für Erfolg, da sich ihr Selbstvertrauen nur auf eine gute, solide Arbeit stützen kann.

Wir im Friedrichshainer Sprecherrat glauben, daß die Durchführung einer Mitgliedervollversammlung vor September, jetzt zur Urlaubszeit wenig sinnvoll ist und geben Ihnen diese Information darum auf diesem Weg schriftlich.

Ihren Fragen und Standpunkten stehen wir am Dienstag, dem 31.07.90, im Büro des NEUEN FORUM in der Gabelsberger Straße gerne gegenüber.

Sie können sich auch über die in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Treffens erarbeiteten Aussagen und Standpunkte informieren.

Es besteht auch die Möglichkeit, Mitgliedsbeiträge zu entrichten und gegebenenfalls Mitgliedskarten in Empfang zu nehmen.

Mit den besten Wünschen für einen angenehmen Sommer, einen schönen Urlaub und für schöne Ferien im voraus:

im Auftrag Ihres Sprecherrates
Gerald Karpa
Berlin-Friedrichshain, den 17.07.90

Stellungnahme des Arbeitsausschusses des Republiksprecherrates vom NEUEN FORUM

Seit dem 18. März haben sich die meisten unserer Abgeordneten mehr und mehr der Kommunikation mit den Basisgruppen des NEUEN FORUM entzogen.
Wie schon so oft erfuhren wir erst über die Medien, was in unserer Volkskammerfraktion vor sich geht. Weder über die Pläne zur Gründung eines "Grünen Bürgerforums" bzw. einer Bürgerrechtspartei noch über Verhandlungen mit Bundestagsabgeordneten der Grünen oder jetzt über das Angebot von SPD-Listenplätzen wurden der Arbeitsausschuß oder der Republiksprecherrat oder die Delegiertenkonferenz in Strausberg informiert. Die Abgeordnetengruppe des "Bündnis 90" scheint sich als Parlamentspartei ohne Mitglieder zu begreifen.
Erinnert ihr euch noch, von wem ihr die Mandate erhalten habt? Seid ihr so schnell zu Berufspolitikern geworden, daß ihr nur noch eure weitere politische Laufbahn im Blick habt und nicht die politischen Schäden, die ihr anrichtet. Vom "Grünen Bürgerforum" über die Listen der Grünen nun zu SPD-Listen. Vielleicht hat die CDU auch noch ein paar Plätze anzubieten.
Politik der Bürgerbewegungen hat in erster Linie moralische Politik zu sein, getragen von Offenheit, Kommunikation und gemeinsamer Suche nach einem Konsens. Politik hinter den Kulissen kennen wir von den Alt- und Neuparteien.

Berlin, 19.7.1990

Basisdemokratie kontra Fraktionspartei

Mit Empörung haben wir erfahren, daß Mitglieder der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne über ein Listenplatzangebot zu den Reichstagswahlen mit der SPD verhandeln.
Wir betrachten diesen Vorgang als Verstoß gegen basisdemokratische Prinzipien und Abkoppelung von den in den Basisgruppen geführten Diskussionen.

Unsere Volkskammerabgeordneten scheinen vergessen zu haben, daß sie keine Fraktionspartei sind, sondern lediglich ein Mandat ihrer Basisgruppen haben, in der Volkskammer die jeweiligen Bürgerbewegungen zu vertreten. Man kann sich nicht die Frage verkneifen, wer denn eigentlich abgehoben ist, wenn eben von diesen Vertretern behauptet wird, daß die Basis sektiererisch ist.

Marianne Birthler steht vor der entscheidenden Frage:
Wollen wir unsere Politik in dieses künftige Parlament mit möglichst vielen Abgeordneten einbringen, oder geht es in erster Linie darum, die Bürgerbewegungen in einem künftigen Deutschland zu stärken? Als ob da ein Widerspruch vorhanden wäre!

Natürlich wollen wir die Bürgerbewegungen in einem künftigen Deutschland stärken und unsere Politik in die Parlamente bringen ! Die Frage aber ist: Wie?

Wir sind der Meinung: Nicht um jeden Preis.
Schon immer haben wir die 5%-Klausel als Machtmittel der herrschenden Parteien verurteilt. So grenzt man neue Gedanken aus und sorgt dafür, daß der alte Parteimief in den Parlamenten durch keinen frischen Windhauch in Bewegung gerät. Und jetzt sollen wir auf dem Rücken der SPD ins Parlament? Unser Gewicht wird nur dazu beitragen, alle diejenigen, die weniger als 5% erreichen, noch etwas tiefer in den Sand zu treten.

Vergessen unsere Volkskammerabgeordneten, in welcher Regierungskoalition sich die SPD gerade befindet? Und für welche Entscheidung der Regierung die SPD deswegen mitverantwortlich ist? Daran, daß sie an mangelndem Rückgrat leidet, hat sich noch nichts geändert - nur, daß man den Buckel vielleicht nicht so deutlich sieht, wenn das Bündnis 90 darauf hockt.
Wir wollen eine Antiparteienpolitik durchsetzen, Demokratisierung der Parlamente, direkte Demokratie. Das ist nicht mit einer "gemeinsamen Willensbildung in der Fraktion" zu erreichen. Politische Willensbildung sollte sich von unten nach oben vollziehen. Erst nach ausreichender Diskussion und dem sachlichen Abwägen von Argumenten kann von der Basis eine Entscheidung getroffen werden.

Ingrid Köppe
Bärbel Bohley
Berlin, 19.7.90

Kritik: Apropos Strausberg

Die Suhler Delegierten, die am Republikforum in Strausberg teilgenommen haben, sind alle übereinstimmend erstaunt und entrüstet, welch ein enormer finanzieller Aufwand bei diesem Treffen betrieben wurde.
Wir denken, daß die hohen Summen, die dort sinnlos verbraucht wurden, und elitäres Renommiergehabe können wir uns ja wirklich sparen, wesentlich effektiver in unserer politischen Arbeit eingesetzt werden könnten, zumal unsere finanzielle Zukunft auch noch sehr unsicher ist.
War es denn wirklich nötig, gerade dieses sündhaft teure Objekt zu mieten?
Die Suhler Stadthalle hätten wir fast kostenlos bekommen können.

Carla Kämmerzehl
im Auftrag der Suhler Delegierten

Warum wir gegen Verhandlungen der Fraktion Bündnis 90 mit der SPD sind!

Die Fraktion Bündnis 90 ist nicht der Parteivorstand einer Partei, sondern der Zusammenschluß von gewählten Vertretern der verschiedenen Bürgerbewegungen in der Volkskammer.
Ansprechpartner für Verhandlungen, die das NEUE FORUM betreffen, ist der Republiksprecherrat, Entscheidungen werden auf Delegiertentreffen und Vollversammlungen durch die Mitglieder selbst getroffen.
Am 6.-8.7.90 hat die Delegiertenkonferenz des NEUEN FORUM beschlossen, daß die Frage der Bündnisse bei den gesamtdeutschen Wahlen auf Länderebene entschieden wird. Die Kandidatur auf den Listen von Parteien durch die Mitglieder des NEUEN FORUM wurde mehrheitlich abgelehnt.
Das Angebot der SPD, den Bürgerbewegungen Listenplätze einzuräumen, soll ihre Politik legitimieren, mit der 5%-Klausel den Bürgerbewgungen den Zugang zum Parlament zu verwehren.
Wenn Mitglieder des NEUEN FORUM auf dieses Angebot eingehen, müssen sie sich dieses Zusammenhanges bewußt bleiben.
Wir wollen unsere Basis nicht ständig irritieren, sie muß selbständig entscheiden - tritt sie allein zu den gesamtdeutschen Wahlen an, welche Bünd-

nispartner sucht sie sich? Die Basis wird Kandidaten finden und auch wählen, durch die sie sich vertreten fühlt.

Berlin 18.7.1990
Republiksprecherrat des NEUEN FORUM

Reinhold Mau
Dimitar Michalow
Holger Laudon

Erklärung zur Lichtenberger Demonstration am 23.6.1990

Unser Prinzip der Gewaltlosigkeit hat sich vom Herbst '89 bis heute bewährt. Wir bleiben dabei: Wir lehnen jede Anwendung von Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung und als Mittel der Durchsetzung politischer Ziele ab!

Natürlich stehen wir hinter dem Grundgedanken der Demo, die sich gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus wandte und die Solidarität mit den ausländischen Mitbürgern zum Ausdruck brachte.

Wir fordern nachdrücklich, daß gegen die "Nationalistische Alternative" mit rechtsstaatlichen Mitteln vorgegangen wird. Es handelt sich um eine Organisation, die mit nationalistischen, ausländerfeindlichen und gewaltverherrlichenden Parolen gegen Verfassungsgrundsätze verstößt. Es darf auch nicht vergessen werden, daß von der Parteizentrale in der Weitlingstraße (Berlin-Lichtenberg) seit Wochen Gewalt ausgeht. Dadurch ist eine unerträgliche Spannung entstanden, die sich in dieser Demo zu entladen versuchte.

Wir verurteilen die gewaltsamen Ausschreitungen, die mit unserem Verständnis von aktivem Antifaschismus nichts gemein haben. Wir sind uns im klaren, daß eine strafrechtliche Verfolgung rechtsextremer Organisationen allein das Problem nicht löst. Aufklärung und politische Auseinandersetzung sind notwendig.

Im Namen der Berliner Vollversammlung des NEUEN FORUM

A. Leo, T. Krone, R. Schult
Berlin, 29.6.1990

Sachsen geht nicht in die Knie

Zu den Landtagswahlen tritt das NEUE FORUM Sachsen allein an. Wir rufen alle Bürgerinitiativen, Bürgerbewegungen und Einzelpersonen, die nicht Mitglied einer Partei sind, dazu auf, gemeinsam auf der Liste des NEUEN FORUM für den Landtag zu kandidieren.

Der Landessprecherrat des NEUEN FORUM Sachsen tritt dafür ein, daß zu den Wahlen für das gesamtdeutsche Parlament zwei Wahlgebiete existieren sollen. Nur so können bei einem schnellen Einigungsprozeß die verschiedenen politischen Kräfte aus beiden Teilen Deutschlands angemessen vertreten werden. Wenn der Beitritt der DDR zum Grundgesetz nach der gesamtdeutschen Wahl erfolgt, können Bundestag und Volkskammer auch verschiedene Wahlgesetze verabschieden. Es wäre dann nur eine vertragliche Einigung über die Zahl der von den Parlamentariern aus Ost und West einzunehmenden Sitze in einem gesamtdeutschen Parlament nötig. Diese Sitzverteilung sollte der Anzahl der Wahlberechtigten in den deutschen Ländern entsprechen.

Wir sind gegen jegliche Sperrklauseln, da sie undemokratisch sind und die Gründe für ihr Bestehen in der Gegenwart nicht gegeben sind.

Auch die letzten Erfahrungen in der DDR beweisen das eindeutig. Wir lassen uns nicht von einer SPD in die Knie zwingen, durch die von ihnen geforderte 5%-Klausel, und lehnen das kompromittierende Angebot ab, Mitglieder des NEUEN FORUM auf sozialdemokratische Listen zu empfehlen.

Das NEUE FORUM ist weder rot, grün noch schwarz und ist auch keiner auf bundesrepublikanischem Wahlboden existierenden Partei zuzuordnen.

Die Bürgerbewegungen in der DDR haben diese gesamtdeutsche Wahl erst ermöglicht. Deswegen sollten sie im gesamtdeutschen Parlament vertreten sein:

Weil wir für eine weitergehende Demokratisierung der Gesellschaft eintreten, für zukunftsweisende Formen der politischen Meinungs- und Willensbildung, die eine weitgehende Mitbestimmung der Bürger garantieren.

Für den Fall eines einheitlichen gesamtdeutschen Wahlgebietes bei der Einrichtung der 5%-Klausel empfehlen wir dem Landesverband NEUES FORUM Sachsen aus den oben aufgeführten Gründen, keine Kandidaten auf den Landeslisten der Grünen aufzustellen.

Die Frage, ob das NEUE FORUM an den gesamtdeutschen Wahlen allein antreten sollte, wird endgültig auf dem Treffen des Landesforum Sachsen im August 1990 entschieden.

Landessprecherrat NEUES FORUM Sachsen
Leipzig, 14. Juli 1990

Interviews zur Bündnisfrage:
Nicht um jeden Preis in den Reichstag

Holger Laudon, Landesgeschäftsführer Mecklenburg / Vorpommern

Bulletin: Bitte ein Wort zu Strausberg!

H. Laudon: Das Deleglertentreffen hat im Land eine durchweg positive Aufnahme gefunden. Der Landessprecherrat Mecklenburg / Vorpommern hat sich inzwischen mit Mehrheit gegen ein Wahlbündnis mit den Grünen ausgesprochen. Demnach wird das NEUE FORUM allein und unter seinem Namen auftreten.

Bulletin: Wie stehen die Chancen zu den Landtagswahlen?

H. Laudon: Wir räumen dem NEUEN FORUM eine beachtliche Resonanz ein. Eine etwaige Prozentklausel könnten wir durchaus bewältigen. Ich rechne, ausgehend von den Kommunalwahlen, mit etwa 7 Prozent.

Bulletin: Sollten wir in den Reichstag einziehen?

H. Laudon: Ja, allerdings ist dazu erst einmal ein fundiertes Programm notwendig. Wir müssen erreichen, das NEUE FORUM als eine wirkliche Alternative zu den bestehenden Parteien darzustellen. Damit meine ich sowohl CDU / DSU / CSU als auch die Grünen.

Bulletin: Stand- und Spielbein, Straße und Parlament, wie seht ihr das?

H. Laudon: Die Straße, sprich die Basisdemokratie, ist das wichtigere Standbein. Das NEUE FORUM als "Dachverband" der vorhandenen Bürgerinitiativen sollte durchaus deren Sprecher in den Landtagen und selbst im Reichstag sein. Letzteres aber nicht um jeden Preis.

Gegen einen Anschluß der Köpfe

Jochen Brothun, Republiksprecher Sachsen/Anhalt

Bulletin: Du warst beim Strausberger Delegiertentreffen mit dabei. Welche Reaktionen gibt es aus Sachsen/Anhalt?

J. Brothun: Die Reaktionen gehen in die Richtung, daß man die guten Arbeitsbedingungen gelobt hat. Erstmals gab es eine wirklich konstruktive Atmosphäre, die stark vom Streit um die beste Lösung bestimmt war. Wohingegen der sehr große materielle Aufwand für dieses Treffen, die Menge an Abfall, auf Kritik gestoßen ist. Einer Bürgerbewegung würden doch andere Umstände besser zu Gesicht stehen. Inhaltlich wurde gerade der Kompromißantrag, der dann auch als Beschluß in alle Kreise hineingegangen ist, gelobt. Hier zeigte sich im Beschluß selbst der Charakter der Basisdemokratie, d.h., daß die Entscheidung den Landesverbänden zukommt.

Bulletin: Wie geht es nun weiter mit den GRÜNEN?

J. Brothun: Das Angebot der GRÜNEN, unter dem Dach der GRÜNEN auf Landeslisten zu kandidieren, ist zwiespältig aufgenommen worden. Positiv erst einmal der politische Gehalt, daß eine Gemeinsamkeit zwischen der Bürgerbewegung der DDR und dem Bundesdeutschen Pendent, den GRÜNEN, als kritisches Element zur herrschenden Industriegesellschaft, erst einmal angenommen ist. Zu prüfen sind natürlich die Modalitäten.

Nach bisherigem Gesprächsstand sind folgende Punkte zu erkennen:

Die Gesprächsstrategie der Grünen Partei mit einem vordergründigen Fusionsangebot an die Bundesdeutschen GRÜNEN ist nicht gerade auf viel Gegenliebe bei unseren Gruppen gestoßen.

Man akzeptiert auch nicht das ein Stück an Arroganz grenzende Angebot, fünfzig Prozent der Listenplätze einzuräumen. Der Sprecherratsbeschluß der Grünen Partei, sich umzubenennen und damit die Gründung der Landesverbände der GRÜNEN zu übernehmen, ist auf Kritik gestoßen, da damit dem Klärungs- und Annäherungsprozeß der Bürgerbewegung in der DDR und der Oppositionsbewegung ein herber Schlag versetzt wurde. Aus unserer Sicht heraus scheint diese Vereinigung unter Artikel 23 zu sein, also ein Anschluß der Köpfe. Und selbst in den einzelnen Gruppen der Grünen Partei gab es ja reichlich Ablehnung.

Bulletin: Zu welchen Konstellationen könnte es zu den Wahlen in Sachsen/Anhalt kommen?

J. Brothun: Grundsätzlich werden wir uns erst am 21. Juli in Köthen zusammenfinden, um unseren Landesverband und die entsprechende Struktur zu Papier und auch zur Funktion bringen. Dort werden wir endgültig entscheiden in welcher Konstellation wir zu den Landtagswahlen und zu den gesamtdeutschen Wahlen antreten. Einer der wichtigsten Gesichtspunkte in Hinblick auf die gesamtdeutschen Wahlen ist der zu erwartende Aufwand zu solchen Wahlen. Wir wollen uns nicht in eine Materialschlacht hineinbegeben. Wir überlegen überhaupt, ob die parlamentarische Anwesenheit in einem Reichstag unter unseren Ansatz vom September, Oktober vergangenen Jahres überhaupt den heutigen Bedingungen entspricht. Wir werden wahrscheinlich eine solche Variante favorisieren, derart, daß wir unsere bürgernahe Arbeit, die Interessenvertretung, die Zusammenarbeit mit solchen Verbänden wie dem Mieterschutzbund erhöhen. Wir wollen in dieser praktischen Arbeit uns basisnah weiter nach vorn orientieren und in der Bevölkerung auch in einem zukünftigen Deutschland weiter Wurzeln schlagen. Später wollen wir vielleicht einmal darüber nachdenken, wie die parlamentarische Entsprechung dafür aussehen könnte. Wir werden zu den gesamtdeutschen Wahlen als NEUES FORUM antreten, bzw. eine andere Variante noch zu diskutieren haben. Entsprechende Gespräche laufen gegenwärtig mit den Bewegungen des Bündnis 90 und auch mit der Grünen Liga und den unabhängigen Frauen. Hier kann sich eine gemeinsame Perspektive für die Landtagswahlen anbieten. Ich bin generell recht optimistisch, daß wir den Gedanken des Bürgerforums DDR oder wie immer man das bezeichnen will, mit Leben erfüllen können.

Bulletin: Straße oder Rathaus, wo hat das NEUE FORUM seinen eigentlichen Platz?

J. Brothun: Die Fragestellung parlamentarisch oder außerparlamentarisch ist sehr abhängig von der Struktur der jeweiligen Gruppe. In Stendal bsw. sind sie sehr stark außerparlamentarisch angelegt. Sie kommen aus der direkten Tradition der Anti-AKW-Bewegung und werden diese auch weiter fortführen. In anderen Regionen gibt es Mischformen, die eigentlich beide Strecken in sich vereinen. So z.B. in der Region Halberstadt, wo es eine breite Anzahl von Bürgerinitiativen gibt sowie eine gute Zusammenarbeit mit den GRÜNEN und auch mit den unabhängigen Frauen. Diese bewerten das NEUE FORUM als Kristallisationspunkt für die vielen Bürgerinitiativen, wie "Rettet die Altstadt" und auf der anderen Seite wollen sie auch ihr Gewicht in die Parlamente geben, um entsprechende Beschlüsse für ihre Stadt durchzubringen.

Bulletin: An welchen Themen sind sie dran?

J. Brothun: In den kleineren Städten und im ländlichen Raum ist die Verbindung zwischen den Leuten enger als anderswo. Dort kann man sehr viel erreichen, wenn man das Ohr für den Bürger offen hält und in den jeweiligen Gemeindevertretungen präsent ist. Darauf wird in Zukunft das NEUE FORUM seinen Schwerpunkt legen. Auf der anderen Seite werden wir unseren Schwerpunkt in die Arbeitsgruppen des Runden Tisches (Verfassung, Wirtschaftsstruktur, Verkehrsentwicklung) setzen. Hier liegen auch Ergebnisse vor, die wir in eine künftige Landesverfassung einbringen möchten.

Wenn man außerparlamentarisch arbeiten will, dann braucht man auch entsprechendes Handwerkszeug wie Volksentscheid als Bürgerentscheid. Das muß in die Landesverfassung eingebracht werden. Diese Elemente der direkten Demokratie müssen einfach da sein.

Bulletin: Sicher auch mit Blick auf die zu erwartenden Konflikte im Herbst.

J.Brothun: Für die Arbeit unserer Gruppen spielt deshalb die soziale Indikation eine Rolle. Also alles was mit den Fragen Arbeitslosikeit zusammenhängt, Mieterschutz und Schutz von Alten. Ich denke, wir werden ein Stück Strategie aufbauen, daß wir uns gezielt solche Gebiete heraussuchen, die durch Presse und öffentliche Foren die etablierten Parteien zwingen werden, sich zu den brisanten Fragen zu positionieren. Dann wird sich ihr wahres Gesicht zeigen.

Bulletin: Ziehen die Bündnis 90 Partner mit?

J. Brothun: Gute Erfahrungen haben wir mit Demokratie Jetzt gemacht, die in Magdeburg und Halle eine ganz gezielte Arbeit machen. Da bahnt sich eine Zusammenarbeit an. Ich möchte jedoch den laufenden Gesprächen nicht vorgreifen. Ich denke aber, daß wir mit ihnen und den unabhängigen Frauen ein Stück gemeinsamen Weges weitergehen.

Bürgerbewegung als zivilisatorische Aufgabe

Dimitar Michailov, Wahlkampfleiter des Landes Sachsen

Bulletin: Wie steht Sachsen zu den Wahlen?

D. Michailov: Es gibt drei Gruppen. Die eine, zu der auch ich gehöre, ist der Meinung, daß man zwei Wahlen in einem Jahr nicht unter verschiedenen Flaggen machen kann. Und wenn wir schon zur Landtagswahl alleine antreten, sollten wir dies auch zur gesamtdeutschen Wahl tun. Mit dem Ziel, die Idee der Bürgerbewegung als eine wirkliche politische Alternative in die bundesdeutsche Politlandschaft hineinzutragen.

Die Leute aus der zweiten Gruppe sagen, noch solch einen Wahlkampf stehen wir nicht durch. Das ist für uns eine Nummer zu groß. Sie sind der Meinung, man sollte lieber auf die Teilnahme verzichten.

Und es gibt die dritte Gruppe, die der Meinung ist, man sollte sehr wohl im gesamtdeutschen Bundestag vertreten sein. Aber, da wir das aus eigener Kraft nicht schaffen, müßten wir Bündnisse eingehen. Und deswegen plädieren diese Leute für die Annahme des Angebots der bundesdeutdchen Grünen.

Endgültig wird diese Frage auf dem Landesforum im August entschieden.

Bulletin: Ist bereits ein Trend ablesbar?

D. Michailov: Man kann einen ganz allgemeinen Trend feststellen: Die Idee der Bürgerbewegung wird sehr wohl akzeptiert, unabhängig von den drei Varianten. Ich glaube, daß denjenigen, die ganz verzichten oder nur auf ein Bündnis setzen wollen, ein Stück Selbstvertrauen fehlt. Die Diskussion müßte dahin gehen, erst einmal einen Selbstklärungsprozeß darüber durchzuführen, welche geschichtliche Tragweite die Idee der Bürgerbewegung gerade jetzt hat.

Bulletin: Welche Unterschiede siehst du zwischen den Landtags- und den gesamtdeutschen Wahlen?

D. Michailov: Zu den Landtagswahlen ist die Position eindeutig: Sachsen ist der Meinung, daß das Bündnis 90 in allen drei Bezirken nicht angekommen ist. das Bündnis ist nicht populär gemacht worden, es ist nicht von der Basis gewachsen. Es war ein zusammengezimmertes Wahlbündnis und wurde von den meisten Menschen gar nicht getragen. Es gab sogar Austritte aus dem NEUEN FORUM deswegen. Nun soll man solche Dinge nicht überbewerten, doch spricht es dafür, daß die Sache, die von oben beschlossen wurde und nicht aus dem Leben wächst, dann von der Basis nicht getragen wird. Der Name NEUES FORUM hat immer noch einen guten Klang, obwohl sich die Bedingungen grundlegend verändert haben. Wenn wir wirklich diese Idee der Bürgerbewegung in den Vordergrund stellen und nicht nur allgemeine Aussagen wie zur Volkskammer-Wahl präsentieren, dann kann man durchaus Menschen ansprechen.

Und so wollen wir auch unseren Wahlkampf aufbauen. Wir wollen deutlich machen, worin die Unterschiede zur Parteienpolitik bestehen, was das für Folgen hat, wenn man nur eine reine Parteienlandschaft hat.

Was die Bundestagswahl betrifft, da ist es wirklich die Frage, ob man dies durchstehen kann, ob man gegen die westdeutschen Polit- Elefanten antreten kann und ob überhaupt 5%-Schwelle bundesweit zu überspringen ist. Diese Überlegungen führen zu Resignation. Man sagt, es ist nicht zu schaffen. Entweder treten wir gar nicht erst an oder wenn schon, dann nur im Bündnis.

Ich bin der Meinung, daß die Aufgabe, die Idee der Bürgerbewegung massenhaft ins Bewußtsein zu bringen, eine sehr langfristige Angelegenheit ist. Und dafür sollte man jede Chance nutzen. Die Bundestagswahl ist solch eine Gelegenheit, auch wenn man die Teilnahme nicht davon abhängig macht, ob man reinkommt oder nicht.

Wir sollten einfach diese Wahlen dazu nutzen, die Idee der Bürgerbewegung ins öffentliche Bewußtsein zu bringen.

Die andere Seite ist, daß sich alle darüber einig sind, daß eine parlamentarische Vertretung wichtig ist.

Bulletin: Wie bewertest Du das SPD-Angebot?

D. Michaylov: Bei der SPD spielen eindeutig wahltaktische Überlegungen die entscheidende Rolle. Es geht ihnen um nichts anderes als um die Vereinnahmung der Bürgerbewegung. Das Angebot ging ja auch an DJ und IFM. Aber die Frage stellt sich auch in Bezug auf die West-GRÜNEN. Also, was bedeutet ein Wahlbündnis mit einer Partei? Das ist doch eine prinzipielle Frage. Sie sollte nicht aus wahltaktischen Überlegungen heraus beantwortet werden. Dieses spielte in den bisherigen Gesprächen gar keine Rolle. Ich persönlich würde dieses Angebot rigoros ablehnen.

Bulletin: Wer sind eigentlich unsere natürlichen Verbündeten?

D. Michaylov: Zu Sachfragen kann man mit jedem zusammenarbeiten. Für ein Wahlbündnis aber müssen darüber hinaus Einigkeit in wesentlichen Dingen bestehen. Bezogen auf die außerparlamentarische Arbeit ist diese Einigkeit mit keiner Partei herzustellen.

Ich würde sagen, da sind die politischen Kräfte, die gewissermaßen vom Leben kommen, also von der Basis, die keine institutionalisierten Formen annehmen. Das sind sämtliche Bürgerinitiativen und die anderen Bürgerbewegungen - die sind eben von ihrem Wesen her unsere Partner. Mit ihnen muß allerdings zu Sachfragen genauso eine Diskussion geführt werden.

Bulletin: Kannst Du dieses Wesen näher beschreiben?

D. Michaylov: Es geht um die Art und Weise, wie politische Entscheidungen getroffen werden. Es geht um die neue politische Kultur, um die breite Mitbestimmung jedes Einzelnen. Diese muß permanent im Leben stattfinden. Jeder Bürger muß bei jeder Angelegenheit Mitspracherecht haben. Da ist es nur logisch, daß eben jene Kräfte, die vom politischen Leben ausgeschlossen sind, momentan die Partner sind, mit denen wir eher eine gemeinsame Sprache finden.

Bulletin: Über die Briefe "Eine Bürgerbewegung für alle" ist in Strausberg nicht gesprochen worden.

D. Michaylov: Auf einem Koordinierungstreffen in Leipzig ist es einmal Gesprächsthema gewesen. Manche waren schockiert von dieser Eindeutigkeit, besonders, was die Aufforderung an die Grüne Partei betrifft sich aufzulösen. Aber der Grundgedanke, daß man endlich einmal begreifen muß, daß alle Unterschiede zu dieser oder jener Frage nicht im Vordergrund stehen dürfen, daß die Idee dieser neuen politischen Kultur wirklich mit vereinten Kräften ins öffentliche Bewußtsein hereinzutragen ist. Die Zersplitterung beruht weniger auf sachlichen Unterschieden sondern vielmehr auf persönlichen Differenzen, beruht auf der Tatsache, daß sich manche "Führer" hier und da nicht einigen können. Deswegen halte ich diesen Brief für eine Aufforderung, noch einmal darüber nachzudenken.

Die Reaktion von DJ zeigt jedoch, daß der Grundgedanke nicht angekommen ist, sondern die Vorbehalte

nach wie vor aufrecht erhalten werden, was ich sehr bedauerlich finde. Eine Diskussion zu diesem Thema hat der Brief leider nicht ausgelöst.

Bulletin: Die Idee der Bürgerbewegung wird für Dich im NEUEN FORUM am elementarsten ausgedrückt ?

D. Michaylov: Im NEUEN FORUM besteht darüber auch keine Klarheit. Sagen wir einmal so: In der Menschheitsgeschichte war es bisher immer so, daß eine Idee von einer kleinen Elite vorgedacht wurde, von den Intellektuellen also. Wenn ich nun mit einfachen Leuten rede, treffe ich auf sehr unterschiedliche Meinungen, was denn nun eine Bürgerbewegung ist. Aber das Wesen erkennen sie. Manche sagen, das ist ein Verein, der sich eben um kommunale Fragen kümmert. Sie haben da nicht ganz unrecht. Jetzt geht es darum, mit allen diesen Menschen den Dialog aufzunehmen und noch hereinzubringen, was alles noch dazu gehört. Denn es geht um einen grundsätzlichen politischen Wandel in Deutschland. Das ist eine Aufgabe mit einer historischen Dimension. Sie ist mit einem sagen wir mal kommunalen Bürgerverein nicht einmal angedeutet. Hier stehen wir vor einer zivilisatorischen Aufgabe.

Für ein möglichst breites Bündnis

Henrik Poller, Republiksprecher, Bezirk Cottbus

Bulletin: Welche Resonanz fand das Strausberger Delegiertentreffen im Land Brandenburg?

H. Poller: Die Ergebnisse des Delegiertentreffens, insbesondere der Beschluß zu den Bündnisverhandlungen, hat im Bezirk Cottbus Klarheit zur politischen Richtung des NEUEN FORUM im deutschen Einigungsprozeß geschaffen. Ein Bündnis mit den Grünen zu den gesamtdeutschen Wahlen wird mehrheitlich befürwortet. Die Grünen, insbesondere die Grünen (West), werden als unsere Partner im gesamtdeutschen Einigungsprozeß angesehen. Das Angebot der Grünen, uns Listenplätze zur gesamtdeutschen Wahl anzubieten ist ein Kompromiss, der sich aus der Wahlgesetzgebung der Bundesrepublik ergibt, die weder Bürgerbewegungen noch Wahlbündnisse zulassen. Es ist der uns am weitesten entgegenkommende Kompromiss, um gesamtdeutsch antreten zu können.

Bulletin: Zu welchen Konstellationen könnte es demnach in Brandenburg kommen?

H. Poller: Ich gehe davon aus, daß ein Zweckbündnis mit den Grünen zur gesamtdeutschen Wahl im Land Brandenburg seine Bestätigung finden wird. Entsprechend auch den Mehrheiten von Strausberg. Das NEUE FORUM wird den Wahlkampf der grün/bürgerbewegten Liste unterstützen und dessen politische Ziele mitvertreten.

Bulletin: Wird der Preis für einen Platz im Reichstag nicht zu hoch ausfallen?

H. Poller: Meiner Meinung nach lohnt es sich, um einen Platz im Reichstag zu kämpfen. Damit meine ich nicht mich selbst. Ich meine damit die Vertreter der Bürgerbewegungen, die jetzt unter anderem auch in der Volkskammer sind. Ich denke, daß wir mit der von uns nicht gewollten Übernahme der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik die Chance nutzen müssen, um uns im gesamtdeutschen Parlament einbringen zu können. Ich denke also, daß öffentliche Arbeit und politische Öffentlichkeitsarbeit als auch politische Arbeit überhaupt nur effektiv zu machen ist, wenn man in dem jeweiligen Parlament vertreten ist.(Wenn man von dem Ist-Zustand einer parlamentarischen Demokratie ausgeht.) Ich sehe auch keine Möglichkeit, sich dort als NEUES FORUM eigenständig einzubringen. Ich sehe also einen Kampf um einen Platz im Reichstag nur in Zusammenhang und Zusammenarbeit mit Verbündeten, hier also mit den Grünen und allen Bürgerbewegungen und basisdemokratischen Kräften der DDR-Geschichte.

Bulletin: Welche Chancen kann sich das NEUE FORUM zu den Landtagswahlen in Brandenburg ausrechnen ?

H. Poller: Ich habe meine Zweifel an den Aussichten des NEUEN FORUM zu den Landtagswahlen im Lande Brandenburg, wenn es allein antritt.

Ich befürworte ein möglichst breites Bündnis. Leider sind die politischen Kräfte, die für dieses Bündnis in Frage kommen, insbesondere hier die Grünen im Land Brandenburg, politisch nicht so reif, daß wir in ihnen einen gleichwertigen Partner sehen. Daher läßt es sich momentan noch nicht sagen, ob ein Bündnis zwischen dem NEUEN FORUM und den Grünen zustande kommt.

Ich bin mir aber sicher, daß eine Zusammenarbeit und auch eine gemeinsame Wahlvorbereitung der Bürgerbewegung und Bürgerinitiativen im Land Brandenburg unter dem Dach des NEUEN FORUM zustande kommen wird.

Bulletin: Auch an Dich die Frage nach dem Platz des NEUEN FORUM - im oder vor dem Rathaus ?

H. Poller: Der Platz des NEUEN FORUM in einem künftigen vereinten Deutschland ist in beidem. Das ergibt sich sowohl aus der eben erwähnten parlamentarischen Demokratie, die wir übernehmen müssen. Und das ergibt sich insbesondere im Teil der DDR, wegen der zu erwartenden sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die, da bin ich mir sicher, eine breite Protestbewegung hervorbringen wird.

Glattes NEIN zum SPD- Angebot

Reinhold Mau, Republiksprecher, Suhl

Bulletin: Wie kam Strausberg in Thüringen an ?

R. Mau: Es kristallisiert sich heraus, daß der Wunsch stärker wird zu kandidieren für die großen Reichstagswahlen. Nur der Weg dorthin ist bei vielen noch unklar. Die bestmögliche Variante wäre, wenn das NEUE FORUM allein als NEUES FORUM antreten würde. Aber die gesetzlichen Gegebenheiten werden dies ad absurdum führen. Und es müssen jetzt Mittel und Wege gefunden werden, den in Strausberg getroffenen Beschluß zu realisieren.

Ansonsten fand ich Strausberg schwierig, wenn man den dargebotenen Luxus bertrachtet. Ich konnte es nur insofern positiv aufnehmen, weil es uns gelungen ist, diese Hochburg des Militarismus zu etwas Sinnvollem zu verwenden.

Bulletin: Ist nicht das Thema Selbstverständigung in Strausberg zu kurz gekommen ?

R. Mau: Ja, aber alle geschichtlichen oder gesellschaftskritischen Fragen, die in die Zukunft zielen, werden von soviel kurzfristigen Entscheidungszwängen verdrängt, daß das einfach die Krankheit der Zeit ist.

Bulletin: Wie ist bei Euch der Diskussionsstand zum Angebot der GRÜNEN ?

R. Mau: Es ist jetzt notwendig, in Gesprächen einen Weg zu suchen. Erst

wenn dieser Weg klar ist, kann man Beschlüsse fassen.

Dazu wird es in Erfurt auf einer Volldelegiertenkonferenz Anfang August kommen. Ich denke, es geht nicht ohne die anderen Bürgerbewegungen.

Bulletin: Zu welchen Konstellationen kann es dann kommen ?

R. Mau: In Thüringen warscheinlich: NEUES FORUM, DJ und die GRÜNEN. Die IFM wie auch die Unabhängigen Frauen sind nur mit einer Mini-Gruppe vertreten.

Bulletin: Was haben wir im Parlament zu suchen ?

R. Mau: Mein Verständnis von Bürgerbewegung: Die Straße ist schon immer der Ausgangspunkt der Artikulation der Bedürfnisse der Mehrheit und Minderheiten gewesen, die sich nicht vertreten sehen. Und wir als NEUES FORUM sollten die Möglichkeit aufrechterhalten, in den Parlamenten gleichzeitig dann das zu verstärken, was die Straße artikuliert.

Bulletin: Der Kampf um einen Platz im Reichstag kann für das NEUE FORUM zu einer Zerreißprobe werden.

R. Mau: Zerreißprobe ja nein, das sind Spekulationen. Man kann die Ängste haben, andere sagen: Das ist zwingend notwendig, auch aus materieller Sicht. Es wäre auch wichtig, in den Parlamenten dann auch richtige Identifizierungspersonen zu haben. Integre Persönlichkeiten also.

Bulletin: Nun kam das Angebot von der SPD.

R. Mau: Glattes Nein! Weil das eben uns diese Identifizierungspersonen zunichte macht. Sie absaugt und neutralisiert und auf Dauer der SPD zuspielt.

Bulletin: Wie geht ihr die Landtagswahlen an ?

R. Mau: Wir wollen allein kandidieren. Wegen der 5 Prozent-Klausel reden wir mit den anderen Gruppen in Thüringen. Ich persönlich habe wegen der 5 Prozent-Klausel keine Angst.

Vor allem stark im Kietz

Bernd Florath, Berliner Arbeitsausschuß

Bulletin: Wie ist die Lage in Berlin ? Welche Gespräche laufen ?

B. Florath: Die Lage in Berlin ist nicht eine, sondern es gibt verschiedene Lagen. Auf der einen Seite steht der Ansatz, daß das NEUE FORUM und die anderen Bürgerbewegungen eine Organisation bilden müssen. Das meint der Weißenseer Vorschlag, ähnliches auch in Pankow. Die Klammer bei beiden ist in erster Linie die Frage, wie man zu den Wahlen antritt. Auf der anderen Seite, siehe Prenzlauer Berg, gibt es die Auffassung, daß man zu den gesamtdeutschen Wahlen überhaupt nicht antritt. Statt dessen will man sich lieber mit Sachproblemen kommunal und regional herumschlagen.

Beide Linien kommen nicht richtig zusammen.

Bulletin: Wie entscheidet sich Berlin ?

B. Florath: Es wird auf jeden Fall eine Abstimmung darüber geben. Ich nehme an, daß das NEUE FORUM in Berlin zur Wahl antritt. Das hängt natürlich von den rechtlichen Ausgangsbedingungen ab. Also, wenn es in Berlin zwei Wahlgebiete geben wird und Listenverbindungen erlaubt sind, wird es warscheinlich ähnlich ablaufen wie zu den beiden vergangenen Wahlen, nur mit einem Unterschied: Das Bündnis wird breiter sein. Es gibt nach wie vor unterschiedliche Auffassungen zur VL und AL.

In Berlin müßte auf jeden Fall ein Bündnis antreten. Im ungünstigsten Fall eines einheitlichen Wahlgebietes, bei dem nur Parteien zugelassen werden, ist das Projekt einer Wahlpartei angedacht worden. Das wäre ein rechtliches Kunstgebilde. Die Organisationen darin würden selbständig bestehen bleiben.

Bulletin: In Berlin ist die Situation ungleich komplizierter als anderswo.

B. Florath: Ja, in dem Sinne, daß wir hier viel mehr Organisationen haben. Zudem zeigt sich hier die Deutschdeutsche Problematik sehr deutlich, da hier Ost- und West-Organisationen zu den Landtagswahlen überein kommen müssen. Es wird ein gesamtberliner Parlament geben. Wenn wir uns entschließen in Berlin anzutreten, wofür die Mehrheit ist, dürfen wir unseren Charakter als Bürgerbewegung nicht verlieren. Wir müssen offen bleiben, auch für Parteien und Bürgerinitiativen,um für diese ein Forum zu bilden. Da bin ich mir nicht sicher, ob eine Parteibildung dies nicht einschränkt. Wir brauchen jetzt eine pragmatische Lösung zu den Wahlen, die weder das NEUE FORUM kaputt macht, noch uns daran hindert, im Stadtparlament präsent zu sein, um dort Bürgerpolitik hereinzubringen. Letzteres ist sehr notwendig, denn, was in Berlin in den nächsten Monaten passieren wird, an infrastrukturellem und sozialen Problemen,ist enorm.

Bulletin: Woher nimmst du die Gewißheit, daß gerade Bürgerbewegungen diese Probleme am ehesten bewältigen können?

B. Florath: Wenn ich sage, Bürgerbewegungen sollten erhalten bleiben, dann meine ich, daß sie in den Wohngebieten zu Hause sind und die ganze Kraft von dort ausgeht. Von den Mieterinitiativen bis zur Erhaltung von Bausubstanz. Die Probleme sind hier sichtbar und handgreiflich. Dazu bedarf es keiner parlamentarischen Professionalität.

Bulletin: Sind dir unsere Volkskammerabgeordneten inzwischen entfremdet?

B. Florath: Ich freue mich, wenn unsere Leute reden, denn es sind die besten. Auf der anderen Seite existiert ein Abstand zwischen den Abgeordneten und den Basisgruppen. Es wird nicht mehr deutlich worum es geht. Geht es darum, Sitze zu erkämpfen oder darum, die Inhalte einzubringen.

Bulletin: Wo siehst du selber deinen Platz?

B. Florath: Ich werde in nächster Zeit auf Arbeitsuche gehen müssen. Ich möchte aber nicht von der Politik leben. Ich bin auch nicht scharf darauf, zu kandidieren. Wenn es sein muß, dann mach ich's.

Bulletin: Du warst in Köln beim PDS-treffen. Was tat sich dort?

B. Florath: Dort sollte ein Wahlbündnis der PDS zu den gesamtdeutschen Wahlen zusammengebaut werden. Ich halte dies für sehr problematisch. Wenn nun die PDS mit einer linken Liste antritt, wird sie auch linke Leute aus den Bürgerbewegungen herausziehen und sie damit schwächen. mein Konzept wäre gewesen, daß aus dem Ansatz der Bürgerbewegungen heraus eine völlig neue Politik gemacht wird. Dazu könnte man auch die neuen Leute in der PDS, die durch den Herbst geformt wurden, gewinnen. Die PDS muß lernen, ihre Konflikte auch öffentlich zu machen, dann bricht vielleicht die alte SED endgültig zusammen.

Gründungsaufruf des NEUEN FORUM Land Brandenburg zum

"Bandenburgischen Gemeindetag"

I

Die Bevölkerung der Mark Brandenburg hat am 6. Mai 1990 frei gewählt. In den Kommunen, in Städten und Gemeinden, hat sie sich in freien Volksvertretungen politisch organisiert. Freie Gemeinden sind entstanden. Sie sind die unmittelbaren Repräsentanten des Brandenburgischen Volkes. Sie sind die elementaren Bausteine, aus denen in einem nächsten Schritt das freie Land Brandenburg entstehen wird.

II

In den Gemeinden bildet sich der politische Wille des Volkes. Dieser Wille muß bei der Bildung des Landes Brandenburg Beachtung finden und wirksam werden, damit nicht wieder zentralistische Bevormundung an seine Stelle treten kann.

III

Derzeit sind die Experten in den Zentralen dabei, ohne Beteiligung der Bevölkerung in der Mark Brandenburg die Gesetze zu entwerfen, nach denen die Menschen im Land künftig leben sollen. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Brandenburger durch ihre frei gewählten Gemeinden auf diese Prozesse Einfluß gewinnen, um ihr zukünftiges Gemeinwesen aus eigener Kraft zu gestalten.

Das NEUE FORUM ruft deshalb alle Gemeinden im künftigen Land Brandenburg auf, einen "Brandenburgischen Gemeindetag" als Vereinigung der Gemeinden im Sinne des § 7 der Kommunalverfassung vom 17. Mai 1990 zu gründen.

IV

Der Brandenburgische Gemeindetag wird als Interessenvertretung der Gemeinden die kommunale Selbstverwaltung fördern (§ 7 Abs. 1 Kommunalverfassung).

Die Regierung hat die Verbindung zu ihm zu wahren und bei der Vorbereitung von Gesetzen, die unmittelbar die Belange der Gemeinden berühren, mit ihm zusammenzuarbeiten (§ 7 Abs. 2 Kommunalverfassung).

Die Parlamentsausschüsse sollen den Brandenburgischen Gemeindetag bei der Beratung entsprechender Gesetzentwürfe anhören (§ 7 Abs. 3 Kommunalverfassung).

Im Übrigen wird der Brandenburgische Gemeindetag bewährte Strukturen aus der Zeit vor 1952 wieder aufnehmen und nach dem Beispiel der Gemeindetage in den Ländern der BRD arbeiten. Er wird diejenige Stelle sein, bei der die Gemeinden in allen Fragen uneigennützigen Rat und Hilfe finden.

V

Eine gemeinsame Interessenvertretung stärkt die Brandenburgischen Gemeinden ! Unterstützen Sie daher die Bildung des BRANDENBURGISCHEN GEMEINDETAGS !

Es ist beabsichtigt, eine Gründungsversammlung für Ende August oder Anfang September nach Potsdam einzuberufen.

In dieser Versammlung sollte jede Gemeinde unabhängig von ihrer Größe durch einen Delegierten / eine Delegierte vertreten sein.

Bitte melden Sie sich möglichst bald zu dieser Gründungsversammlung an. Bitte machen Sie Vorschläge zur Tagesordnung und bringen Sie Ihre Ideen für die Arbeit eines künftigen Gemeindetages ein !

Anmeldungen für die Teilnahme an der Gründungsversammlung sind zu richten an:

Landesgeschäftsstelle NEUES FORUM
Otto-Nuschke-Straße 54 / 55
Potsdam
1560
Tel.: 21 7 35